

Der obererschlesische Wanderer.

Der Wanderer erscheint wöchentlich Mittwochs.
Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis be-
trägt bei dem eigenen Geschäftsstellen monatlich
60 Pf., vierteljährlich 1,80 Mk. frei in's Haus,
bei allen Postämtern vierteljährlich 1,90 Mk.

Oberschlesische Zeitung.

Es werden Kupfer die Grundzelle oder deren Raum
(50 mm) mit 15 Pfg., die Gusszelle (100 mm)
mit 50 Pfg., die Kupferzelle durch die Ge-
schäftsstelle mit 40 Pfg., Bezugs- oder einzelne
Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1838.

Verantwortlicher Redakteur: 16.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der kaiserlichen Behörden von Gleiwitz.
Wochentlich das achtseitige „Inskripte Sonntagsblatt“ als Beilage.

Telegraphische Adressen: Wanderer-Gleiwitz.

190.

Gleiwitz, Freitag, den 19. August 1898.

71. Jahrgang.

Deutschthum und Polonismus.

Seit 1861 hat sich ein merklicher Fortschritt der Polonisierung in den östlichen Provinzen auf sich genommen. Daher wurde zur Stärkung des deutschen Nationalgefühls in den Provinzen Polen und Westpreußen das An siedlungsge setz vom 26. April 1886 mit der Bezeichnung vereinbart, das der Staatsregierung 100 Millionen Mark auf die Veräußerung von Grundstücken polnischer Besitz, zur Parzellierung deutscher Ansiedlungen erworbenen Landes und zur Ordnung der Gemeindeverhältnisse zur Verfügung stellte. In den zehn Jahren 1886-96 hat dann die An siedlungs kommission in den Provinzen 148 Güter sowie 35 Bauernwirthschaften an-gekauft. In den Jahren 1897-8 Rittergüter, 4 aus zu-gekauften Grundstücken bestehende Besitzungen und sieben Grundstücke. Zusammen waren dies aus dem Jahre 1897-98 29,9 Hektare zum Preise von 59,9 Millionen und zwar aus dem Jahre 1897-98 24,970 Hektare zum Preise von 10,6 Millionen. Bis zum Jahre 1897 waren 41004 Hektare zum Werthe von 26,6 Millionen an 2342 Ansiedler vergeben und 1696 Hektare für öffentliche (Kirchen, Pfarrhäuser, Schulen u. s. w.) verwendet. Das An siedlungs geschäft von 1897 hat die Organisation von elf Landge-richtsbezirken erfordert. Natürlich sind die Polen von der deutschen An-siedlung um so weniger erbaut, als diese sich hauptsächlich als ein-nes und notwendiges Mittel zur wirtschaftlichen Hebung der östlichen Provinzen und zur Befestigung preussisch-deutschen Nationalgefühls und Staatslebens darstellt. Die Wirkungen des An siedlungs geschetzes werden denn auch von deutsch-nationaler Seite als günstig anerkannt; nur das Centrum und die Fortschrittler stellen sich auf die Seite der polnischen Opposition. Ein-iges Vorgehen mit der An siedlung, welches vielfach gefordert wird nach den gemachten Erfahrungen auch ausführbar ist, wird die Regierung in Aussicht gestellt und das An siedlungsge setz in ge-sonderten Abschnitten in den östlichen Provinzen allein anzuwenden, so werden uns noch weitere kulturelle Maßregeln zu Theil werden. Ein Kennzeichen der vollen Wirksamkeit dieser Polonisierung ist die preussische Gesetzgebung selbst geschaffen durch die An-siedlungsge setz vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891, die diese der polnischen Kolonisierung ebenso zu statten kommt, wie den Deutschen und von den Polen als Mittel, der deutschen An-siedlung entgegen zu wirken, eifrig benutzt wird.

Die Vortheile haben wir den Grundbesitz und die Land-wirtschaft vorgelegt, da dieser, als Hauptnahrungsmittel der drei östlichen Provinzen, die Entscheidung bei der Frage, ob das Deutschthum das wirtschaftliche Uebergewicht erlangen behaupten kann, in erster Reihe zufällt. Aber auch Gewerbe und Verkehr sind in Betracht. Auch auf diesem Gebiete muß eine allmählich stärkere Zunahme des polnischen Elementes zu erwarten sein. Der früher vermehrte polnische Mittelstand hat die letzten fünf Jahre zur Wirklichkeit geworden, und es hat auch das polnische Element in den städtischen Gewerben als das deutsche zugenommen. Selbst solche Gewerbe, die von den dazu erforderlichen höheren wissenschaftlichen Bildungsmitteln als Vorrechte der Deutschen angesehen wurden, wie z. B. die Pharmazie, werden, mit gleichem Wettbewerbe wie der Arztstand, jetzt vielfach von Polen ausgeübt. Eine der Hauptursachen der Vermehrung ist die bessere Ausnutzung des genossenschaftlichen Geistes durch die polnischen Geschäftsleute, und es bleibt bedauerlich, daß der Verband der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften in Westpreußen unter seinem ungeschickten und unermüdeten Vorsteher Wawrzyniak, als kreditwürdig sogar die Zulassung der polnischen Geschäftsleute bei der Preussischen Centralgenossenschaftsbank hat. Erst in jüngster Zeit ist in Polen eine deutsche Kreditbank zur Veranlassung und Gewerbe gegründet worden, die endlich den deutschen kreditbedürftigen Geschäftsleuten die gleichen Dis-kontozinsen wird, deren sich die Polen schon längst bedienen. Die allmähliche Nachfolge finden. Stärkung des deutschen Mittelstandes durch einen Arbeitsnachweis für Danziger, Kreditgewährung und an kleine Gewerbetreibende jeder Art durch deutsche An-siedlungen ist höchst wünschenswert.

Die allmählich aber bleibt für sie noch viel zu thun. Das nationale Bewusstsein des polnischen Vereinswesens fordert energische Maßnahmen. In welchem Maße die feindseligen Kundgebungen gegen das Deutschthum überhand nehmen, wird jeder, der Zeitungen liest, nur zu sehr wahrnehmen. Die polnische Vereinswesen hervortretend die Schuld an dem Verfall des Nationalgefühls aber auch ganz besonders in den letzten Jahren der polnischen periodischen Presse, die sich die Dege-neration des Deutschthums und den preussischen Staat zur besonderen Aufgabe machen, am schmerzhaftesten wohl in der Graubündener Presse, der „Gazeta Grudziąska“. Der Mißbrauch der Pressefreiheit, die diese Presse sich zu schulden kommen läßt, darf nicht länger übersehen werden, wenn dem Aufgehen der revolutionären Saat, die durch die Presse verbreitet werden soll. Alle Klagen des Polonismus über Bedrückung sind hinfällig. Sie beruhen, wie Christian Schmidt in der sehr lehrreichen Schrift „Die preussischen Ostmarken“, auf der unserer Betrachtung zu Grunde liegenden thatsächlichen Verhältnisse. Die polnische Presse hat keine Berechtigungen, die modernen Nationalstaaten, wie Preußen in Verbindung mit dem Deutschen Reich, ist für eine politische Autonomie eines Reiches nicht Raum.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Madrid, 18. August. Der Kriegsminister erklärte, er habe die amtliche Nachricht von Janda über die Uebergabe von Manila in Kenntnis erhalten. — Der Kreuzer „Mangrove“ lief am Sonntag von Cabañon ab. Die Batterien der Forts und der Kanonenboote werden das Feuer, welches eingestellt wurde, als der Kommandant „Mangrove“ die Nachricht von einem spanischen Kanonenboot erhielt, daß das Friedensprotokoll unterzeichnet sei. — Der Minister-

rath beschloß sich heute mit der Rückführung der Truppen von Cuba. Morgen wird der Ministerrath voraussichtlich die Wahl der Kommissare für die Friedensverhandlungen vornehmen. Ueber die Frage der Einberufung der Kammer verhandelte der Ministerrath nicht, weil Meinungsverschiedenheiten zwischen Sagasta und den Ministern bestanden und die letzteren entschlossen seien, eine Ministerkrise herbeizuführen.

Manila, 16. August. Bei Eröffnung der Beschießung gab General Dewey dem General Augustin einen Aufschub von einer Stunde für die Uebergabe. General Augustin lehnte dieses ab. Die Beschießung begann um 9 Uhr Vormittags und dauerte 2 Stunden. Darauf begann das Schießen der Beschießungen. Die Spanier versuchten sich zu widersetzen, konnten dies aber nicht und wurden auf die zweite Verteidigungslinie und darauf nach in ra muros zurückgedrängt. Der spanische Kommandant, der die Unmöglichkeit sah, sich zu widersetzen, erkannte, hißte die weiße Flagge und ergab sich. Die Verluste sind unbekannt. Die Spanier hatten in den Beschießungen 3000 Mann, die Amerikaner 10 000, die aber besser bewaffnet und viel besser ernährt waren. Doch erlitten dem Vernehmen nach die Amerikaner erhebliche Verluste infolge der guten Anlage der Beschießungen. Von den Höhen unterhielten die Spanier ein gut gezieltes Feuer und beunruhigten die amerikanischen Kriegsschiffe, welche an der Beschießung theilnahmen. Die Spanier behaupteten, die Geschosse der Kriegsschiffe erreichten nicht die Stadt, ausgenommen die eines kleinen Kanonenbootes, das sehr nahe am Ufer mit Schnellfeuerkanonen schoß. Die fremden Kriegsschiffe beobachteten die Beschießung. Die spanischen Beschießungen dehnten sich zehn Meilen rings um die Stadt aus. Doch waren die Spanier zu schwach, sich zu halten. Admiral Dewey und General Merritt befehligten, alle Gebäude, ausgenommen die Verteidigungswerke, zu schonen. Deshalb ist die Stadt wenig beschädigt. In den Straßen kamen mehrfach Kämpfe zwischen Spaniern und Aufständischen vor. Jedoch wurde die Ordnung in intra muros aufrecht erhalten.

Manila, 16. August. Bei der Einnahme von Manila betrug der Verlust auf amerikanischer Seite 5 Tode und etwa 45 Verwundete. Die fremden Consulats waren vorher von der Absicht, des Admirals Dewey, Manila zu beschießen, in Kenntniß gesetzt worden. Die Spanier erwiderten die Beschießung nicht, aber die Landstreitkräfte der Amerikaner wurden seitens der Spanier mit kräftigem Feuer empfangen. Die Anzahl der Spanier, welche kapitulierten betrug ungefähr 7000 Mann.

New York, 17. August. General Wilson meldet aus Bonoc unter dem 15. d. Mts.: Nachdem die spanischen Truppen am Sonntagabend Cialis geräumt hatten, sei von den Einwohnern die amerikanische Flagge gehißt worden. Die Truppen seien darauf zurückgekommen, hätten die Fahne heruntergerissen und 30 Personen mit Messern gedroht. Einer telegraphischen Meldung des „New York Herald“ aus Dongkong zufolge hätten die Amerikaner mit den Streitkräften Aguinaldos Differenzen gehabt. Diese hätten aus Unzufriedenheit darüber, daß man sie an den aus dem Falle Manilas sich ergebenden Vortheilen nicht theilnehmen ließ, gemeutert und die Amerikaner in den Kaufgruben angegriffen.

Washington, 17. August. In Bord zweier in Montal Point aus Santiago mit Truppen eingetroffener Schiffe wurden Fälle vom gelben Fieber festgestellt.

Washington, 16. August. Der bisherige Vorkämpfer in John Day ist an Stelle Davy's zum Staatssekretär ernannt worden. Präsident Mac Kinley ernannte die Kommissare zur Regelung der Einzelheiten bei der Klammung der Antillen und zwar für Cuba die Generale Wade, Butler und Admiral Sampson; für Puerto Rico die Generale Brooks, Gordon und den Admiral Schley. — In einer Note, in der Staatssekretär Day mittelth, er habe die Gladwünsche des russischen Vorkämpfers anlässlich der Unterzeichnung des Friedensprotokolls erhalten, sagt derselbe: Das Protokoll enthalte die Bürgschaft für einen Frieden, der ruhmvoll für Amerika und zugleich auch ehrenvoll für die Gegner von gestern sei.

Deutsches Reich.

Berlin, den 17. August 1898.

Gegenüber der in einem Theile der ausländischen Presse hartnäckig aufrecht erhaltenen narren Behauptung, Kaiser Wilhelm strebe das Protokoll über die orientalischen Gröden an, wird der „Schl. Zn.“ von ihrem konstantinopeler Korrespondenten geschrieben: „Nur Bosheit und Unverstand kann eine solche Behauptung aufstellen, die eine nächtliche Ueberlegung schnell auf ihre Unhaltbarkeit zurückführt. Was versteht man eigentlich unter einem Protektorate über die orientalischen Christen? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, weil sie eben nur ein Schlagwort von unbestimmtem Inhalte ist. Der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche ist auch das kirchliche Protektorat über die orientalischen Katholiken aus, wobei er vom französischen Kaiser unterstügt wird. Durch seine Thätigkeit hat hauptsächlich das Franzosenthum im Oriente jene Bedeutung gewonnen, die es heutzutage besitzt. Ein weltliches Protektorat wird überhaupt nicht mehr ausgeübt, die hier lebenden Angehörigen der europäischen Staaten stehen unter dem Schutze der „Kapiulationen“, sie haben ihre eigene Gerichtsbarkeit und leben sonst auch wie ein Staat im Staate. Die christlichen Unerbarmen des Sultans genießen vollständige Freiheit in der Ausübung ihrer Religion und brauchen keinen Protektor. Wenn ein solcher dennoch ab und zu auftaucht, so verfolgt er damit lediglich politische Zwecke, denen er ein religiöses Mäntelchen umhängt. Mit allen diesen An-siedlungen will man nur die speziell dem Franzosenthum unangenehme Thatsache bemänteln: nämlich den Rückgang des französischen und die Zunahme des deutschen Einflusses im Orient. Zu wünschen wäre nur, daß die Befürchtung sich als begründet und daß die Orientfahrt des deutschen Kaisers sich als ein weiterer Ansporn für den Unternehmungsgest des Deutschthums im Orient und als ein Förderungsmittel für die Interessen der in der Türkei lebenden Deutschen erweisen möge.“

Gegenüber der in der Presse verbreiteten Nachricht, in der kaiserlichen Münze werden Bismardsterbhaber für die Privatindustrie

geprägt, stellt die Berliner Korrespondenz fest, daß Münzen der bezeichneten Art in der kaiserlichen Münze nicht geprägt werden. — Der „Vorwärts“ kündigt für die nächste Woche das Erscheinen einer für den Zweck der Agitation für die preussischen Landtagswahlen bestimmten sozialdemokratischen Broschüre an.

Frankreich.

Paris, 17. August. Im Ministerrath verließ der Minister des Aeußeren Seliache die Telegramme der Königinregentin von Spanien und des Präsidenten Mac Kinley, in denen Frankreich der Dank ausgesprochen wird für seine guten Dienste und angeklagt wird, daß Paris als Ort für die Friedensverhandlungen gewählt worden sei, um Frankreich einen Beweis von der hohen Achtung und dem hohen Vertrauen zu geben. — In Liffieux fand heute die feierliche Beerdigung der sieben Opfer der Eisenbahnkatastrophe vom verfloffenen Sonntag statt in Gegenwart der Behörden und unter zahlreicher Theilnahme. — Da Christian Esterhazy die Schriftstücke, die der Gerichtshof von ihm zur Unterstützung seiner Klage gegen den Major Esterhazy verlangt hatte, nicht einreichte, so wird, wie der „Jour“ meldet, die Klage als nicht eingebracht angesehen.

Präsident Faure unterzeichnete heute das Dekret, durch welches die für den einheimischen Jüder, sowie für denjenigen aus den französischen Colonien ausgedienten Prämien festgestellt werden, soweit derselbe bis zum 1. September zur Auslieferung deklarirt worden ist. Die erste Kategorie desselben erhält auf 100 kg. Raffinade 2,42 Frs., die zweite 2,77 Frs., die dritte 3,11 Frs.

Belgien.

Das durch seine Industrie und seinen Schiffahrtsverkehr an den überreichen Verhältnissen interessirte belgische Königreich besitzt bekanntlich keine Kriegsschiffe. Nur ein einziger Aviso, die „Bille d'Amers“, wird in der Liste geführt. Der König von Belgien, der Begründer des von ihm mit großen Opfern unterstützten Kongostaates, strebt nun schon lange dahin, seinem Lande eine den bestehenden Verhältnissen seines Landes angepaßte Kriegsschiffe zu beschaffen, stößt mit diesem Verlangen jedoch auf den Widerstand der Volksvertretung. — In Kreisen der belgischen Volksvertretung ist man geneigt, einer Hebung der belgischen Handelsflotte Opfer zu bringen, um die eigene Schiffahrt zu stärken und von fremden Schiffen mehr und mehr unabhängig zu machen. Dagegen wehrt man sich mit großem Eifer gegen die Pläne des Königs zur Schaffung einer Kriegsschiffe wenn auch in noch so begrenztem Umfang. Man weist solches Streben als angebliche militärische Urohmansucht zurück, mit der das Land als solches nichts zu thun habe. Diese Auffassung ist eine sehr einseitige und trägt den thatsächlichen politischen Verhältnissen sowie der zukünftigen wirtschaftlichen Weiterentwicklung des 6 Millionen Seelen zählenden Landes keine Rechnung. — Im Interesse des kleinen Königreichs und seiner betriebsamen Bevölkerung liegt es durchaus, wenn der Schutzbefehl nicht ausschließlich auf das Landgebiet beschränkt bleibt, sondern Vorkorge dafür getroffen wird, die Lebensader desselben, den maritimen Verkehr, im Kriege wie im Frieden in der notwendigen freien Betätigung zu sichern.

Rußland.

Petersburg, 17. Aug. Das Journal de St. Petersburg meint in einer Besprechung der Aufgabe der gemischten Kommission zur Einführung des neuen Regimes auf den Philippinen: Die Regelung der Frage bietet große Schwierigkeiten. Das Ansehen der weissen Bevölkerung sei infolge des letzten Krieges fast völlig vernichtet. In der Gesellschaft, welche die spanische Herrschaft während ihrer dreihundertjährigen Dauer im Archipel begründet, seien nicht genügende Elemente vorhanden, welche Versuche, den Inseln Autonomie zu geben, als rathsam erscheinen ließen, es sei denn, ein solcher Versuch werde ganz allmählich unter der allgemeinen, wachsamem und strengen, dabei wohlwollenden europäischen Vormundschaft und Controlle gemacht. Jedes andere Regime werde zur Barbarei zurückführen. Es sei darum zunächst die Entwicklung beträchtlicher Kräfte nöthig, um die Elemente zu Paaren zu treiben, welche jetzt die Achtung vor der weissen Rasse verloren hätten. Die Vereinigten Staaten würden daher eine erheblich höhere Truppenzahl nöthig haben als 30-40 000 Mann, von denen die Rede ist. Die menschlichen freithelichen Ideen des amerikanischen Volkes würden schnell ersten Erwägungen bei Auffassung der Lage weichen müssen. Es würden ganz neue kolonialistische Erwägungen zu machen sein. Diese Erwägungen würden den Vereinigten Staaten auf alle Fälle sehr theuer zu stehen kommen und mit absoluter Nothwendigkeit eine völlige Störung der bisherigen Praktiken und Bräuche seitens Amerikas nöthig machen. Man wäre in eigenen Landbesitzungen gewesen, die Rechte der gelben Rasse einzuschränken; doch hätte daselbst die Negierung der Vereinigten Staaten größere Bewegungsfreiheit gehabt und wäre daselbst die gelbe Rasse in der Minderheit gewesen. Auf den Philippinen hätten die Eingewohrenden die überwiegende Mehrheit, und es komme jetzt darauf an, derselben die seit langem verlorengegangene Achtung vor der weissen Rasse wieder beizubringen.

England.

In der englischen Presse macht sich von Tag zu Tag eine lebhaftere Erregung über das Zurückweichen der britischen Diplomatie vor der russischen geltend. Man tabelt Lord Salisbury, der seinerliche Erklärungen über die Gleichberechtigung aller Nationen in China abgab und kurz nachher ruhig zusehe, wie Rußland in seiner Einflusssphäre fremde Völker von der Theilnahme an der Erschließung Chinas geradezu ausschloß, ohne irgend eine Entschuldigung deswegen abzugeben. So schreibt die „Sheffield Telegraph“: „Das ist die größte Schlappe, welche die britische Diplomatie seit vielen Jahren erlitten hat. Die Regierung hat ihre Hand versucht und ist gescheitert, und die offene Thür hat sich wieder einmal mit Schanden geschlossen. Man hat Lord Salisbury bei seinen eigenen Worten genommen und er hat sie nicht eingelöst.“ Der konservativ „Globe“ summiert die vernichtende Kritik der Presse des Auslandes und ist dann fort: „Es bleibt die unläugbare Thatsache bestehen, daß die Schlappe schnell auf die feierlichen und positiven Erklärungen der Minister gefolgt sind, daß sie die Schließung der offenen